

Einblicke

Das Rathausmagazin der CDU-Bürgerschaftsfraktion

HAND IN HAND – FÜR EIN FAMILIENFREUNDLICHES HAMBURG

FAMILIENPOLITIK IST ZUKUNFTSPOLITIK!

Familien übernehmen gesellschaftlich und individuell große Verantwortung und sie bieten als zuverlässiges soziales Netz großen Rückhalt. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren gezielt auf die Stärkung von Familien und insbesondere auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf hingearbeitet. Unsere Kindertagesbetreuung ist ein bundesweites Erfolgsmodell. In kaum einer anderen deutschen Stadt sind Familie und Berufstätigkeit so gut vereinbar wie in Hamburg: in Zukunft ein echter Standortvorteil!

- Mit dem neuen Kinderbetreuungsgesetz ist Hamburg bundesweit Vorreiter: Seit 2005 bekommt jedes Kind, dessen Eltern berufstätig oder in der Ausbildung sind, einen bedarfsgerechten Betreuungsplatz garantiert.

- Alle Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt haben – unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern – einen Rechtsanspruch auf eine Kita-Betreuung von fünf Stunden täglich mit einem Mittagessen.

- Mehr Ganztagschulen: Seit 2002 wurde das Angebot verdoppelt und es wird bis zum nächsten Schuljahr noch einmal erhöht. Ganztagschulen ermöglichen eine stärkere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine größere Vielfalt in der Gestaltung des Unterrichtstages durch die Schulen.

- Seit Oktober 2002 sind an Hamburgs allgemeinbildenden Schulen Polizeibeamte, so genannte COPS4U, als feste Ansprechpartner für die Schülerinnen und Schüler erreichbar. Die Polizeibeamten sind im Schulbereich präsent und nehmen auch an Schulveranstaltungen teil.



KINDERN HELFEN – VON ANFANG AN

Rechtzeitige Hilfen für Risikofamilien werden wir, bevor es zur Vernachlässigung von Kindern kommt, durch hamburgweite Initiativen sicherstellen, die sich an bereits erfolgreichen bestehenden Projekten – wie zum Beispiel den Kinderschutzzentren – orientieren.

In einem **Baby-Willkommenspaket** werden wir die vielfältigen Informations- und Hilfsangebote für junge Mütter bündeln. Gleich nach der Geburt wird dieses Paket in den Geburtskliniken an alle Mütter ausgehändigt.

Mehr Betreuung von Kinderspielplätzen: Im Rahmen von 1-Euro-Jobs werden öffentliche Kinderspielplätze betreut. Es gibt schon rund 80 Stellen. Zusätzlich werden weitere 120 Stellen bewilligt.

Hilfe bei der Rückkehr in den Beruf: Qualifizierte Berufsrückkehrerinnen, die keine Leistungsansprüche gegenüber der Agentur für Arbeit haben, sollen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. In Hamburg wollen wir drei Koordinierungsstellen einrichten, um zum Beispiel Berufsrückkehrerinnen bereits in der Familienphase Qualifizierungen zu ermöglichen.

Um die Integration ausländischer Familien zu fördern, werden sie durch eine **Aufstockung des Hausbesuchsprogramms „Hippy“** in ihrem häuslichen Umfeld von qualifizierten Hausbesucherinnen unterstützt.

Wichtig ist ein **gesunder Start ins Leben**. Deshalb sollen – um die Gesundheit von Mutter und Kind zu stärken – besonders in sozial belasteten Stadtteilen junge Familien durch Familienhebammen betreut werden.

Hamburgweite **Untersuchung viereinhalbjähriger Kinder:** Das Vorstellungsverfahren der Viereinhalbjährigen wurde bereits im vergangenen Jahr flächendeckend durchgeführt. Wenn ein Kind Schwächen aufweist, klären die Pädagogen die Eltern über Möglichkeiten der frühen Sprachförderung auf, damit ihr Kind rechtzeitig vorm ersten Schultag fit ist.

Mit einem neuen Konzept zur **Sprachförderung** werden wir erreichen, dass alle Kinder mit ausreichenden Deutschkenntnissen eingeschult werden. Zum Schuljahr 2006/07 werden verpflichtende Sprachförderkurse eingeführt.

KULTUR FÜR FAMILIEN MIT KINDERN

Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 16 Jahren haben ab dem 1. September 2005 **freien Eintritt in die Hamburger Museen**.

Zusammen mit Hamburger Unternehmen wird ein neuer **Museumsführer für Kinder und Familien** erstellt. Die Broschüre wird gezielt über die zahlreichen speziellen Angebote der Museen informieren.

Neue zentrale Jugendbibliothek Hoeb4U. Jugendliche zwischen elf und 17 Jahren nutzen immer weniger die Bibliotheksangebote der Stadt. Deshalb planen die Hamburger öffentlichen Bücherhallen (HÖB) die Einrichtung einer zentralen Jugendbibliothek. Diese wird als Pilotprojekt zunächst in den Zeisehallen eingerichtet und später zu einem Modellprojekt mit überregionaler Ausstrahlung auf dem Domplatz weiterentwickelt.

Lesekisten schon für die Kleinsten, denn Kinder sollen schon vor der Einschulung mit Büchern umgehen. Die Zusammenarbeit von Stadtteilbibliotheken und Kindertagesstätten wird durch ein flächendeckendes Kooperationsangebot nach dem Vorbild der Kooperation Schule und HÖB erweitert.

Kinder zum Olymp – im September in Hamburg: Vom 22. bis zum 24. September 2005 veranstalten die Kulturstiftung der Länder, die Kulturstiftung des Bundes und die Kulturbehörde Hamburg gemeinsam den Kongress „Lernen aus der Praxis“. Experten, Politiker und Praktiker stellen anregende Kulturprojekte für Kinder und Jugendliche vor und erarbeiten neue Bildungsmodelle.

FAMILIEN LEBEN IN HAMBURG

Das Angebot an **neuen familienfreundlichen Wohnformen** auf städtischen Grundstücken wird vergrößert. Genügend Flächen sind vorhanden. Die Grundstücke können durch eine zügigere Planung schnell zur Verfügung gestellt werden.

Umwandlungsprämie für Gewerbe- und Büroräume: Mit einer Prämie von zehn Prozent der Investitionskosten werden wir Anreize schaffen, bisher gewerblich genutzte Immobilien zu Etagenwohnungen in innerstädtischen Bereichen umzuwandeln und so das Wohnen in der Innenstadt und in den angrenzenden Quartieren fördern.

Kinderzimmerzulage: Bei Kauf einer Neubau-Etagenwohnung zur Selbstnutzung erhalten Familien mit mindestens drei (junge Ehepaare) beziehungsweise vier Personen zusätz-



lich zur Eigenheimzulage 100,- Euro pro Quadratmeter Wohnfläche, wenn die Wohnung mindestens 70 Quadratmeter groß ist und mindestens ein Kinderzimmer hat.

In älteren innenstadtnahen Wohnquartieren genügen die Wohnungsgrößen häufig nicht mehr den heutigen Ansprüchen. Durch Zuschüsse an Investoren schaffen wir finanzielle Anreize für eine familiengerechte Modernisierung. So holen wir **Familien zurück in die innere Stadt**.

Wir suchen die familienfreundlichsten Wohnquartiere.

Jeder Bezirk vergibt zukünftig jährlich in einem Wettbewerb einen Preis in Höhe von 10.000 Euro für das familienfreundlichste Wohnquartier. Die Gelder sollen dann für quartiersbezogene Projekte verwendet werden.

Hamburger Familien planen ihr Wohngebiet: Bei der Neuplanung größerer Flächen wollen wir die künftigen Bewohner stärker in die Planung einbeziehen. Teilflächen werden zunächst durch die Stadt erworben und direkt an mehrere private Bauherren vergeben. Gemeinschaftlich planen die zukünftigen Einzeleigentümer dann in einem moderierten Verfahren die konkrete Gestaltung.



Familien müssen nicht in das Umland abwandern, um ein attraktives Wohnumfeld zu finden. Durch **Sanierung und aktive Stadtteilentwicklung** machen wir das Wohnen in der Stadt für Familien wieder attraktiv. Durch Aufwertung und familienfreundliche Gestaltung der Stadterneuerungsgebiete wird die Qualität der Wohnungen und des Umfeldes gehoben, die Infrastruktur verbessert und die lokale Ökonomie gestärkt. Dazu gehören Investitionen für Schulen, Schulhofprojekte, Kindertagesstätten ebenso wie die Unterstützung von Spielplatzhäusern sowie Jugend- und Familieneinrichtungen.

Hamburger Bürger-Dialog – Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung

Die „Grausamkeiten“ der Sparbeschlüsse des öffentlichen Haushalts in Hamburg sollen bald der Vergangenheit angehören. Denn ab Anfang kommenden Jahres dürfen sich die Hamburger direkt an der Gestaltung des städtischen Haushalts beteiligen und mit ihren Vorschlägen der Bürgerschaft als Berater zur Seite stehen. Bisher haben Einzelentscheidungen des Haushalts den Bürger unvorbereitet getroffen. Bei einer Beteiligung werden Entscheidungen dann mitgetragen.

Die Hamburgische Bürgerschaft hat am 23. Juni 2005 einstimmig beschlossen, im Internet ein

entsprechendes Beteiligungsforum zu schaffen. Das ist die für eine Großstadt sinnvollste Lösung. Jeder Einzelne, aber auch Bürgervereine, Schulklassen, Verbände und Interessengruppen könnten auf diese Weise die Ergebnisse ihrer Beratungen direkt einspeisen und miteinander diskutieren. Die Vor-

schläge gehen unmittelbar an den Haushaltsausschuss, denn die Beschlussfassung über den Haushalt ist eines der zentralen Rechte des Parlaments.

Das Thema Haushalt interessiert zwar nicht alle Menschen, aber für diejenigen, die sich informieren und ihre Vor-

schläge einbringen wollen, wird der Etat im Internetforum verständlich gemacht. Denn der Bürger muss wissen, was die Einstellung von 100 neuen Lehrern oder eine zusätzliche Sportstunde pro Woche an allen Schulen kosten würde. Da-

durch entsteht eine lebhaftere Diskussion, durch die das Landesparlament ein Stimmungsbild erhält. Es werden sich an dieser Diskussion viele Menschen beteiligen, die nicht zu politischen Veranstaltungen gehen.



Ziel ist die Beteiligung der Bürger an den Bereichen des Haushalts, die kurzfristig nicht beeinflusst werden können, zum Beispiel die Personalkosten oder gesetzliche Leistungen und Zinsen. Bis 2016 gehen von den rund 70.000 im öffentlichen Dienst der Stadt Hamburg Beschäftigten etwa 28.000 in den Ruhestand. Darum muss jetzt darüber diskutiert werden, welche Leistungen die Stadt in zehn Jahren in welchem Umfang erbringen soll.

Werden die Aufgaben der Stadt auf diese Art mittel- bis langfristig über Bürgerbeteiligung geplant, so ist dieser Prozess für Betroffene steuerbar. Sie wissen dann etwa, ab wann sie keine Zuschüsse mehr von

der Stadt erhalten, können sich darauf einstellen und notfalls rechtzeitig Sponsoren suchen. Die langfristigen Zielvorgaben werden sich aber bereits in den Haushalten ab 2007 niederschlagen.

Sehr konkrete Möglichkeiten für die Bürgerbeteiligung am Haushalt eröffnen sich zum Beispiel beim Thema „öffentliches Grün“ und die Frage, ob die Stadt zusätzlich zum Grunderhalt auch für bunte Blumen am Straßenrand Geld ausgeben soll. Hier könnte im Haushaltsforum eine Diskussion darüber entstehen, ob Hamburg sich – unter Belastung des Haushalts – weiter solche Stadtverschönerung leistet oder die Verantwortung

für diese Plätze an die Bürger im Sinne bürgerschaftlichen Engagements weitergeben sollte. Dann könnten die gesparten Mittel an anderer Stelle für Bereiche eingesetzt werden, die den Bürgern wichtiger sind, wie zum Beispiel Bildung.

noch können Vorschläge übernommen oder verändert werden. Das bleibt die Entscheidung des Parlaments.

Das Projekt Bürgerbeteiligung am Haushalt ist nicht neu. Bisher wurden jedoch nur Erfahrungen auf kommunaler Ebene, etwa in Nordrhein-Westfalen oder im Berliner Großbezirk Lichtenberg gesammelt. Erstmals soll das Projekt jetzt auf Landesebene und zugleich in einer Großstadt angewandt werden. Wichtig ist, dass die Diskussion der Bürger über den Haushalt und ihre Beteiligung daran ein kontinuierlicher Prozess wird.

Das Haushaltsforum wird im Auftrag der Bürgerschaftskanzlei von unabhängiger Seite moderiert werden, schon um die Neutralität zu wahren. Die Ergebnisse gehen an den Haushaltsausschuss. Verpflichtend und verbindlich werden die Vorschläge der Bürger jedoch nicht sein, denn der Beschluss über den Haushalt bleibt Aufgabe des Parlaments. Aber die Bürgerbeteiligung wird als qualifizierter Rat genommen. Den-

Modernes Polizeirecht für Hamburg – Aktiver Schutz für die Bürger

Am 29. Juni 2005 ist das grundlegend geänderte Hamburger Polizeirecht in Kraft getreten. Das Gesetz verleiht der Polizei weitgehende Eingriffsbefugnisse als bisher. Dies ist nötig, um den geänderten praktischen Anforderungen – insbesondere im Hinblick auf organisierte Kriminalität und Terrorismus – gerecht zu werden. Die jüngsten Vorfälle in London bieten ein schreckliches Zeugnis dafür, dass es nunmehr auch in Mitteleuropa eine Bedrohungslage gibt, die auf dem Gebiet der Prävention entschlossenes Handeln des Staates erforderlich macht.

Polizeirecht ist Gefahrenabwehrrecht – anders als im Strafrecht ist das Ziel des Polizeirechts nicht, begangene Straftaten zu sanktionieren, sondern bereits im Vorfeld zu verhindern, dass es überhaupt zu Straftaten oder anderen Gefahren kommt. Mit anderen Worten geht es um den aktiven Schutz der Hamburger Bürger.

Der Innensprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Christoph Ahlhaus, zum neuen Recht: „Wir sind stolz darauf, dass Hamburg nach Jahrzehnten der Untätigkeit auf diesem

Die nächsten Bürgerschaftssitzungen finden an den folgenden Tagen statt:

- **Mi., 14.09.05**
- **Mi., 28.09.05**
- **Do., 29.09.05**
- **Mi., 26.10.05**

Alle Sitzungen sind öffentlich!
Detaillierte Informationen über die Arbeit des Landesparlaments und seiner Ausschüsse erhalten Sie im Internet unter:
www.hamburgische-buergerschaft.de

Gebiet jetzt das modernste Polizeirecht Deutschlands hat“.

Bereits Ende August 2004 fasste die CDU-Fraktion einen Eckpunktebeschluss zur Polizeirechtsnovellierung. Der auf dieser Basis erstellte Senatsentwurf ist an den praktischen Bedürfnissen der Polizei ausgerichtet. Er wurde von der Bürgerschaft in einer Vielzahl von Sitzungen diskutiert. Dabei setzten sich die Parlamentarier im Innenausschuss und im Rechtsausschuss intensiv mit den Vorschlägen und der Kritik anderer gesellschaftlicher Institutionen, wie beispielsweise des Journalistenverbandes oder der Polizeigewerkschaften, auseinander. Geprüft wurden selbstverständlich auch die

Anregungen der parlamentarischen Opposition. Auch der Hamburgische Datenschutzbeauftragte war am Beratungsprozess durchgehend beteiligt. Seine Anregungen wurden größtenteils in das Gesetz übernommen. Zusätzlich hör-

ten die Ausschüsse insgesamt neun Experten auf dem Gebiet des Polizei- und des Datenschutzrechts an. Aus der Anhörung ergaben sich keine verfassungsrechtlichen Bedenken – vielmehr stieß der Senatsentwurf auf breite Zustimmung.



Die Neuerungen im Einzelnen:

- Zulässig sind jetzt so genannte lageabhängige Kontrollen. Die Polizei darf in bestimmten Bereichen, in denen es in der Vergangenheit eine auffällige Häufung einer bestimmten Kriminalität gab – beispielsweise Messerstechereien auf dem Kiez – Personen kontrollieren, ohne dass ein konkreter Verdacht gegen sie besteht.
- Videoüberwachung wird möglich – im Jahr 2006 wird an zwei Hamburger Plätzen, auf denen es wiederholt zu Straftaten kam, eine Videoüberwachung installiert, um potenzielle Täter von weiteren Straftaten abzuschrecken.

- Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Straftaten begehen werden, darf der Aufenthalt an bestimmten Orten für bis zu zwölf Monate untersagt werden. Dies ist vor allem bei der Bekämpfung häuslicher Gewaltkriminalität und zur Bekämpfung des Rauschgifthandels sowie gegen gewalttätige Hooligans eine wichtige Maßnahme.
- Der so genannte finale Rettungsschuss, den es zwar auch schon vor der Novelle gab, ist endlich detailliert gesetzlich geregelt. Damit wurde einer lange anhaltenden Kritik an dem Umstand entsprochen, dass auch unwichtigste Verwal-

- tungsabläufe teilweise bis in die letzte Einzelheit geregelt sind, sich der Gesetzgeber aber dazu ausschwig, unter welchen Voraussetzungen die Polizei mit tödlicher Zielrichtung auf einen Menschen schießen darf.
- Eingeführt werden bis Ende dieses Jahres zwei so genannte Taser, das sind Elektroimpulsgeräte, die es Spezialkommandos der Polizei ermöglichen, Täter aus sicherer Distanz angriﬀsunfähig zu machen, ohne sie zu töten.
- Erlaubt sind nunmehr auch Kennzeichenlesegeräte für Kraftfahrzeuge, die zur Fahndung eingesetzt werden können.

- Überdies ist es der Polizei fortan möglich, gefährliche Personen bis zu zwei Wochen in so genannten Unterbindungsgewahrsam zu nehmen (zum Beispiel gewalttätige Hooligans während der im nächsten Jahr bevorstehenden Fußball-Weltmeisterschaft).
- Das neue Polizeirecht wird dem Anspruch eines wachsenden Sicherheitsbedürfnisses einer wachsenden Stadt gerecht, ohne die liberale Tradition Hamburgs in Frage zu stellen. Wer sich an Recht und Gesetz hält, bekommt mehr Sicherheit. Wer dagegen verstößt, wird künftig jedoch auch stärker als bisher die Konsequenzen für sein Handeln zu spüren bekommen.

Fotos : istockphoto.com

Politikglossar 12: Das Präsidium der Bürgerschaft

Das Präsidium der Bürgerschaft besteht seit März 2004 aus dem Präsidenten Bernd Röder (CDU), der Ersten Vizepräsidentin Barbara Duden (SPD), den Vizepräsidentinnen Bettina Bliebenich (CDU) und Dr. Verena Lappe (GAL) sowie den Schriftführerinnen Karin Rogalski-Beeck (SPD), Elke Thomas (CDU) und Brigitta Martens (CDU). Alle in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen stellen mindestens ein Präsidiumsmitglied. Die Mitglieder des Präsidiums werden in der ersten Parlamentssitzung der Legislaturperiode gewählt. Sie

bilden das zentrale Koordinierungs- und Lenkungsgremium der Bürgerschaft.

Nach dem parlamentarischen Brauch hat die stärkste Fraktion das Vorschlagsrecht für das Amt des Parlamentspräsidenten. Der Präsident ist der höchste Repräsentant der Bürgerschaft. Er vertritt das Parlament und die Freie und Hansestadt in der Öffentlichkeit.

Die wichtigste Aufgabe des Bürgerschaftspräsidenten liegt darin, das Parlament und seine Mitglieder in ihren Rechten zu

schützen und die Würde der Bürgerschaft zu wahren. Er achtet unparteiisch auf die Einhaltung der Geschäftsordnung und sorgt für angemessenes Verhalten im Haus. Dies wurde von jeher im Hamburger Rathaus groß geschrieben. Deshalb symbolisieren die geschnitzten allegorischen Köpfe Ironie, Neid, Missgunst und Schadenfreude an den Bänken im Bürgersaal, dass diese Verhaltensweisen in der Bürgerschaft nicht erwünscht sind.

Als gewählte Volksvertreter sind die Mitglieder des Präsi-

diums nicht zu politischer Enthaltsamkeit verurteilt. Es steht ihnen frei, sich an Abstimmungen zu beteiligen und, wenn sie ihren Stuhl auf der Präsidiumsbank verlassen, als Abgeordnete oder Abgeordneter das Wort zu ergreifen.

In den Räumen der Bürgerschaft – also vom Rathausmarkt aus gesehen in der linken Hälfte des Rathauses – übt das Präsidium das Hausrecht und die Polizeigewalt aus.

Für weitere Informationen:
www.hamburgische-buergerschaft.de

BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
HAMBURG

Entgelt bezahlt
Deutsche Post AG
20354 Hamburg

Impressum

CDU-Bürgerschaftsfraktion
Redaktion Einblicke
V. i. S. d. P.: Hein von Schassen

Poststraße 11
20354 Hamburg
Telefon: (040) 428 31-1374
Telefax: (040) 428 31-2526
E-Mail: pressestelle@cdu-hamburg.de
Internet: www.cdu-hamburg.de